

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Rates**
am **Dienstag, dem 09.07.2019.**

(38. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 20:40 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Herrn Lukrafka sind anwesend:

a) die Ratsmitglieder:

Herr Alfermann
Frau Ammann
Herr Auer
Herr aus dem Siepen
Herr Dr. Bender
Herr Bicerik
Herr Bolz
Herr Cleve
Frau Dabrock-Kalb
Herr Demircan
Frau Djuric
Herr Frank Engel
Herr Fülling
Herr Harry Gohr
Herr Matthias Gohr
Herr Greco
Herr Güther
Frau Haase
Frau Hagling
Herr Hilgers
Herr Hofmann
Herr Hübinger
Frau Dr. Kanschat
Herr Kitzrow
Frau Koch
Herr Hans Küppers
Herr Thomas Küppers
Herr Küppersbusch
Frau Liebig
Herr Ludwig

Herr Martin
Frau Meulenkamp
Herr Münchow
Herr Oentrich
Herr Otterbeck
Herr Piechotta
Herr Ratajczak
Herr Rodax
Herr Röhr
Frau Rolf
Frau Rotert
Herr Schäfer
Herr Schaubruch
Herr Schiweck
Herr Schmidt
Herr Hermann-Josef Schmitz
Herr Klaus Schmitz
Herr Hans-Dieter Schneider
Herr Karsten Schneider
Herr Schwarz
Herr Stiegelmeier
Frau Tassioula
Herr Tonscheid
Herr Weise
Herr Wilke
Herr Zöllner

es fehlen entschuldigt:

Herr Arshad
Frau Becker
Herr Dr. Beckröge
Herr Holger Engel
Herr Mundt
Frau Schween

b) von der Verwaltung:

Herr I. Beigeordneter Böll
Herr Beigeordneter Ostermann
Herr Bredtmann
Herr Blißenbach
Herr Frege
Herr Keller
Herr Koch (PR)
Herr Kohnen
Frau Möller
Herr Peitz, Stadtkämmerer
Herr Wosimski

c) von der Presse im öffentlichen Teil:

zwei Vertreter

d) als Gäste:

Herr Engelbrecht (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly GmbH & Co. KG)
zu TOP 20.1 „Jahresabschluss 2017 der BVG (Einzelabschluss)“ und
zu TOP 20.2 „Konzernabschluss 2017 der BVG“

Herr Freitag (Geschäftsführer der BVG der Stadt Velbert mbH)
zu TOP 20.1 „Jahresabschluss 2017 der BVG (Einzelabschluss)“
zu TOP 20.2 „Konzernabschluss 2017 der BVG“ und
zu TOP 34.1 „Angelegenheit der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH“

e) als Schriftführer:

Herr Welte

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, er begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Dem Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnung um nachfolgend aufgeführte Tagesordnungspunkte zu erweitern, stimmt der Rat einmütig zu:

TOP 13.2 Antrag der Fraktion Piraten Partei, Sportplatz Siepen, Vorlage 263/2019

TOP 19.4 Antrag der CDU-Fraktion, Resolution und Antrag des Rates der Stadt Velbert
„Klima- und Umweltschutz im Mittelpunkt unseres politischen Handelns“;
Vorlage 262/2019

TOP 19.5 Antrag der SPD-Fraktion, Klimaschutz; Sondersitzung des Rates, Vorlage 260/2019

TOP 19.6 Antrag der Fraktion Piraten Partei, Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des
Klimanotstands, Vorlage 261/2019

TOP 23.1 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2017 und
Entlastung des Bürgermeisters, Vorlage 242/2019; 1. Ergänzung.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die nachträglich veröffentlichten Vorlagen sowohl im Internet einsehbar seien, als auch als Tischvorlagen vorliegen würden.

Zudem verweist der Bürgermeister auf eine weitere Anlage zu Tagesordnungspunkt 2 (Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474 - Jahnsportplatz - 1. Änderung), die den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt.

Dabei handelt es sich um eine Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Mettmann.

Weiter kündigt der Bürgermeister an, dass die Tagesordnungspunkte 1.3 *Anfrage der Fraktion Piraten Partei, „Blaue Tonne“* und der Tagesordnungspunkt 16, *Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Fraktion Die Linke, „Resolution: Gemeinnützigkeit der VVN-BdA beibehalten“* infolge fehlender Zuständigkeit des Rates von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Der Bürgermeister bittet die Fraktion Piraten Partei sich mit ihrem Anliegen an die dafür zuständige TBV AöR zu wenden.

Zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 16 führt der Bürgermeister aus, dass die Stadt Velbert nicht davon betroffen sei und es sich um eine Angelegenheit der Finanzverwaltung handeln würde.

Da keine weiteren Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung geäußert werden, genehmigt der Rat folgende **Tagesordnung**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anfragen
 - 1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Wohnungsmarkt
 - 1.1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Wohnungsmarkt
 - 1.2 Anfrage der Fraktion Piraten Partei
Umbau Forum Niederberg
 - 1.3 Anfrage der Fraktion Piraten Partei
Blaue Tonne

2. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474 - Jahnsportplatz - 1. Änderung
 - 2.1 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474 – Jahnsportplatz – 1. Änderung
Hier: private Stellungnahme vom 08.01.2019
 - 2.2 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474 – Jahnsportplatz – 1. Änderung
Hier: private Stellungnahme vom 05.01.2019
 - 2.3 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474 – Jahnsportplatz – 1. Änderung
Hier: private Stellungnahme vom 06.01.2019
 - 2.4 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474 – Jahnsportplatz – 1. Änderung
Hier: private Stellungnahme vom 11.01.2019

3. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 474 – Jahnsportplatz – 1. Änderung als Satzung

4. Beschlussfassung über den Lärmaktionsplan Stufe 3 für die Stadt Velbert

5. Beschlussfassung über die Festlegung des Stadtumbaugebietes „Ortszentrum Neviges“ gem. § 171b Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und über das Integrierte Handlungskonzept zur Stärkung des Ortszentrums Velbert-Neviges.

6. Satzung zur Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung der Stadt Velbert

7. Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweizer-Schule und der KGS Ludgeruschule
 - 7.1 Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweitzer-Schule und der KGS Ludgeruschule

8. Vermarktung des ehemaligen Hertie-Standorts im Investorenauswahlverfahren

9. Entwicklungen im Bereich Asyl (Fortschreibung)

10. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Verkaufsstellenöffnung im öffentlichen Interesse im Zusammenhang mit dem Fest „Schlangenfest“ 2019

11. Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten gem. § 17 Abs. 2 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes (KorruptionsbG)

12. Antrag der FDP-Fraktion
Mehr Transparenz bei den städtischen Gesellschaften und dem Konzern
Stadt Velbert
13. Weiternutzung des Sportplatzes im Siepen
- 13.1 Antrag der Fraktion Velbert anders
Weiternutzung des Sportplatzes im Siepen
- 13.2 Antrag der Fraktion Piraten Partei
Sportplatz Siepen
14. Antrag der SPD-Fraktion
Sportplatz Siepen
15. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Hundewiese
16. Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Resolution: Gemeinnützigkeit der VVN-BdA beibehalten
17. Antrag der FDP-Fraktion
Entscheidungskriterien Finanzielle Auswirkungen und Punkt des strategischen Zielpro-
gramms
18. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bevölkerungsstatistik
19. Integriertes Energie- und Klimakonzept Stadt Velbert
- 19.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Klimanotstand
- 19.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Velbert
- 19.3 Antrag der FDP-Fraktion
Klima- und Generationenrelevanz von Beschlüssen des Rates und seiner Ausschüsse
- 19.4 Antrag der CDU-Fraktion
Resolution und Antrag des Rates der Stadt Velbert
„Klima- und Umweltschutz im Mittelpunkt unseres politischen Handelns“
- 19.5 Antrag der SPD-Fraktion
Klimaschutz; Sondersitzung des Rates
- 19.6 Antrag der Fraktion Piraten Partei
Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands
20. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
- 20.1 Jahresabschluss 2017 der BVG (Einzelabschluss)
- 20.2 Konzernabschluss 2017 der BVG
21. Haushaltsangelegenheiten:
Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 07.06.2019 zur Haushaltssatzung 2019
der Stadt Velbert und zur 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans
22. Haushaltsangelegenheiten
hier: Ermächtigungsübertragungen von 2018 nach 2019
- 22.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen und Verpflichtungsermächti-
gungen beim FB 7
- 22.2 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen und Verpflichtungsermächti-
gungen beim FB 7

- 23. Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2017 und Entlastung des Bürgermeisters
- 23.1 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2017 und Entlastung des Bürgermeisters
- 24. Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2018
- 25. Besetzung des Aufsichtsrates der Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal (AWG)
- 26. Neuwahlen zu den Ausschüssen
- 26.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen
- 27. Nachträge
- 28. Mitteilungen der Verwaltung
- 29. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

- 30. Anfragen
- 31. Darlehensangelegenheiten; Umschuldungskredit
- 32. Verbraucherzentrale NRW Standort Velbert
- 33. Grundstücksangelegenheit
- 34. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
- 34.1 Angelegenheit der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
- 34.2 Angelegenheiten der Stadtwerke Velbert mbH
Ermächtigungsbeschluss
- 35. Nachträge
- 36. Mitteilungen der Verwaltung
- 37. Verschiedenes
- 38. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Beratung der vorstehenden Tagesordnungspunkte führt zu folgenden **Ergebnissen:**

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1. **Anfragen**
- 1.1 **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
Wohnungsmarkt
Vorlage: 227/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, die unter Tagesordnungspunkt 1.1.1 aufgeführt ist.

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zum nächsten Rat hätten wir gerne die neuesten Zahlen zur Wohnungsmarktentwicklung der Stadt Velbert. Diese benötigen wir für die Beurteilung und Planung weiterer Flächenausweisungen.

Bitte lassen Sie uns zur kommenden Sitzung des Rates folgende Unterlagen zukommen:

1. Die Bebauvorhaben der letzten fünf Jahre. Welche wurden genehmigt und welche schon realisiert? Die Daten sollten neben den Flächenbezeichnungen, Informationen über die Größe in ha, die Anzahl an Wohneinheiten, MFH oder EFH/DHH, und den Anteil an geförderten Wohnraum enthalten.
2. Die in Planung befindlichen Flächen, vergleichbar zu der Liste des Reserveflächen-Monitoring 2017 der Bebauungsplan- und FNP-Reserven, mit ebenfalls den gleichen unter 1. angeführten Angaben.
3. Weiterhin hätten wir gerne gewusst, in wie weit die Ausschreibung der Wohnungsmarktanalyse gediehen ist, da diese ja für diesen Sommer avisiert wurde.

1.1.1 **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wohnungsmarkt**

Vorlage: 227/2019 1. Ergänzung

Antwort der Verwaltung**Zu 1. – Bauvorhaben der Jahre 2014-2018**

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick der im Zeitraum 2014-2018 fertig gestellten Wohnungen. Die Fertigstellungszahlen werden durch IT.NRW erfasst und veröffentlicht. Eine weitergehende Differenzierung zwischen Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und gefördertem Wohnraum erfolgt bei dieser Statistik nicht.

Fertigstellungszahlen Wohnungen in Velbert 2014-2018			
Jahr	Ein- u. Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser (inkl. Eigentumswhg.)	Wohnungen insgesamt (inkl. Whg. in Nichtwohngebäuden)
2018	63	28	121
2017	116	63	195
2016	44	26	85
2015	111	82	207
2014	29	51	86
insgesamt	363	250	694
jährl. Schnitt 14-18	73	50	139

Quelle: IT.NRW

Als Anlage 1 ist eine Übersicht der Baugebiete und Vorhaben beigefügt, aus der die wesentlichen fertiggestellten Vorhaben der letzten 5 Jahre hervorgehen. Hier wird auch eine Differenzierung der Wohnformen vorgenommen. Es sind auch die größeren Vorhaben hier aufgenommen, die noch nicht umgesetzt sind, die sich aber bereits in der Vermarktung befinden.

Zu 2. Wohnbauflächenreserven

In der Anlage 2 sind die derzeit als Wohnbauflächenreserven geführten Flächen dargestellt. Hierbei ist zu beachten, dass kleinere Grundstücke (< 2.000qm), die gemäß Definition der Bezirksregierung als Baulücken geführt werden, hier nicht aufgeführt sind.

Aufgrund der Fragestellung in der Anfrage sind die bereits in der konkreten Vermarktung befindlichen Flächen nicht hier, sondern in der Anlage 1 aufgeführt. Das betrifft konkret die Flächen „Wimmersberger Straße-Ost“, „Ansembourgallee“ und „Flandersbach“.

Vergleicht man diese Angaben mit denen des Siedlungsflächenmonitorings 2017 (s. Vorlage 70/2017 1. Ergänzung), so ist die Größe der verfügbaren Reserveflächen um ca. 7,0 ha und die entwickelbaren Wohneinheiten um ca. 110 Wohneinheiten zurückgegangen.

Zu 3. Ausschreibung der Fortschreibung des Handlungskonzeptes Wohnen

Die Ausschreibung zur Fortschreibung des Handlungskonzeptes Wohnen ist erfolgt. Es liegen drei Angebote vor, die derzeit ausgewertet werden. Eine Auftragsvergabe wird voraussichtlich nach den Sommerferien erfolgen, so dass Mitte 2020 mit den Ergebnissen der Fortschreibung zu rechnen ist.

Anlage 1: Bauvorhaben der Jahre 2014-18

Anlage 2: Wohnbauflächenreserven im FNP und BPlänen

Anlage 2.1 Karte V.-Langenberg

Anlage 2.2 Karte V.-Neviges

Anlage 2.3 Karte V.-Mitte

Beratungsergebnis: Die Stellungnahme der Verwaltung (Vorlage) ist im Anschluss an die Sitzung veröffentlicht worden.

1.2 Anfrage der Fraktion Piraten Partei Umbau Forum Niederberg Vorlage: 246/2019

Anfrage der Fraktion Piraten Partei

Wir bitten um einen Sachstandsbericht zu dem aktuellen Planungsstand des Umbaus Forum Niederberg zu den folgenden Punkten:

- 1) Wann wurden die Förderanträge gestellt? In welcher Höhe?
- 2) Wie viel Prozent Eigenanteil muss die Stadt Velbert davon selber aufbringen?
- 3) Gibt es schon eine Zusage für die Fördermittel, wie ist der aktuelle Stand?
- 4) Wann begann die Ausschreibung für ein ÖPP -Partner zu dem Bauvorhaben Bürgerforum?
- 5) Wurde bereits ein ÖPP-Partner gefunden oder laufen die Verhandlungen noch?

Der Bürgermeister beantwortet die aufgeführten Fragen wie folgt:

Zu 1:

Die Antragsunterlagen für das Forum wurden am 19.12.2018 bei der Bezirksregierung eingereicht. Seither befinden sich die Projektbeteiligten mit den Fördergebern in enger Abstimmung über Nachforderungen und Nachqualifikationen. Zur Förderung beantragt wurden förderfähige Kosten in Höhe von 31.993.707,- €, bei einem zu erwarteten Fördersatz von 90 %.

Zu 2:

Der Eigenanteil beträgt 10 % und wird vom KVBV übernommen.

Zu 3:

Es gibt noch keine Förderzusage, da das Städtebauförderprogramm (STEP) für das Jahr 2019 noch nicht durch das Städtebauministerium veröffentlicht wurde. Der Programm-vorschlag des Regierungsbezirks Düsseldorf für das STEP liegt dem Regionalrat zum Beschluss vor; dieser tagte am 27.06.2019. In dem Programm-vorschlag ist die Maß-nahme Forum wie beantragt enthalten und mit der höchsten Stufe A priorisiert. Nach Veröffentlichung des STEP 2019 ist im weiteren Verfahren ein konkreter Zuwendungs-bescheid durch die Bezirksregierung Düsseldorf zu erstellen. Dieses wird im Herbst er-folgen.

Zu 4:

Das Vergabeverfahren wurde am 07.12.2018 begonnen.

Zu 5:

Die Verhandlungen laufen noch. Eine Auftragsvergabe ist für Dezember 2019 vorgese-hen.

Voraussetzung dafür ist ein Ratsbeschluss sowie ein positiver Förderbescheid.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

1.3 **Anfrage der Fraktion Piraten Partei Blaue Tonne**

Vorlage: 257/2019

Der Tagesordnungspunkt ist zu Beginn der Sitzung abgesetzt worden.

Anfrage der Fraktion Piraten Partei

- 1) Wie viele Grundstückseigentümer/Haushalte haben die blaue Tonne bestellt?

- 2) Wie viele Grundstückseigentümer/Haushalte in Velbert nutzen die blaue Tonne noch nicht?
- 3) Was wurde unternommen, um die Recyclingquote von Altpapier zu erhöhen?
- 4) Wie viel Tonnen Altpapier wird mittlerweile über die blaue Tonne eingesammelt?
- 5) Wie wurde die Summe festgelegt, die das Duales System Deutschland GmbH (DSD) für die Entsorgung der Verpackungsmaterialien aus Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) bezahlt?
- 6) Wie viel kg Altpapier pro Einwohner hat die TBV im Jahr 2018 eingesammelt und wie viel kg Altpapier wurde pro Einwohner im Kreisdurchschnitt eingesammelt?

Beratungsergebnis: Der Tagesordnungspunkt ist zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden.

2. **Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474 - Jahnsportplatz - 1. Änderung**

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und zeigt den bisherigen Beratungsverlauf der vorberatenden Gremien auf (mehrheitlich zugestimmt).

Herr Beigeordneter Ostermann gibt einen aktuellen Sachstandsbericht und verweist auf die zu Sitzungsbeginn verteilte Tischvorlage, der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Mettmann.

Daraus gehe hervor, dass die Untere Naturschutzbehörde keine Bedenken gegen das Bauvorhaben habe, wenn vorgegebene Vermeidungsmaßnahmen auch umgesetzt würden. Die Vorgehensweise der Verwaltung sei somit „abgesegnet“.

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten:

- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründet ihre Ablehnung gegenüber dem Bauvorhaben. Die von der Verwaltung beauftragten Untersuchungen / Gutachten seien zu einem falschen Zeitpunkt durchgeführt worden und zudem noch fehlerhaft. Eine von den Anwohner veranlasste Untersuchung habe ergeben, dass auf dem Areal vier Fledermausarten festgestellt worden seien. Weiter werden Bedenken geäußert, dass der zu erhaltende Baum, die Blutbuche, durch die Baumaßnahme Schäden erleiden würde. Auf den Einwand der SPD-Fraktion, dass nach aktueller Rechtslage beide stadtbildprägenden Bäume entnommen werden könnten und infolge des zu beschließenden Bebauungsplanes zumindest die Blutbuche gerettet würde, teilt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass es dem Eigentümer infolge der vorhandenen Fledermäuse nicht ohne weiteres möglich sei, die Bäume zu entnehmen. Das gelte auch für den Fall, falls es sich bei dem Areal lediglich um ein Jagdrevier von Fledermäusen handeln würde. Auf konkrete Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt Herr Beigeordneter Ostermann mit, dass die Untere Naturschutzbehörde keine Bedenken gegen das Bauvorhaben habe, wenn vorgegebene Vermeidungsmaßnahmen auch umgesetzt würden.
- Die Frage der SPD-Fraktion, ob denn keine frühere Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde als die Mail vom 5.7.2019 existieren würde, wird von der Verwaltung verneint.

- Die SPD-Fraktion begründet ihre Zustimmung zu dem Vorhaben und bezeichnet die Maßnahme als möglichen letzten Schritt, die ehemalige Parkanlage dann nunmehr komplett bebaut zu haben.
- Die Fraktion Die Linke lehnt das Bauvorhaben ab. Im vorliegenden Fall könne nicht von einer Lückenbebauung gesprochen werden.
Den Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließe sich die Fraktion Die Linke an.
- Seitens der CDU-Fraktion wird die Zustimmung zu dem Vorhaben u.a. damit begründet, dass man dem Gutachten / der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde Glauben schenken müsse. Dort seien die Fachleute, denen man im dem Falle vertrauen müsse. Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde sei zu akzeptieren

Der Bürgermeister stellt abschließend die nachfolgend aufgeführten Beschlüsse zur Abstimmung.

Hinweis:

Die Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde des Kreises Mettmann (Mail vom 05.07.2019) ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**2.1 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474
– Jahnsportplatz – 1. Änderung
Hier: private Stellungnahme vom 08.01.2019
Vorlage: 94/2019**

Die Tagesordnungspunkte 2.1; 2.2; 2.3; 2.4; und 3 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt zwei aufgeführt.

Beschluss:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Beratungsergebnis: 45 Stimmen dafür
11 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; Piraten)
0 Enthaltungen

**2.2 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474
– Jahnsportplatz – 1. Änderung
Hier: private Stellungnahme vom 05.01.2019
Vorlage: 95/2019**

Die Tagesordnungspunkte 2.1; 2.2; 2.3; 2.4; und 3 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt zwei aufgeführt.

Beschluss:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Beratungsergebnis: 45 Stimmen dafür
11 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; Piraten)
0 Enthaltungen

**2.3 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474
– Jahnsportplatz – 1. Änderung**
Hier: private Stellungnahme vom 06.01.2019
Vorlage: 96/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.1; 2.2; 2.3; 2.4; und 3 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt zwei aufgeführt.

Beschluss:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Beratungsergebnis: 45 Stimmen dafür
11 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; Piraten)
0 Enthaltungen

**2.4 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 474
– Jahnsportplatz – 1. Änderung**
Hier: private Stellungnahme vom 11.01.2019
Vorlage: 98/2019

Die Tagesordnungspunkte 2.1; 2.2; 2.3; 2.4; und 3 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt zwei aufgeführt.

Beschluss:

Den in der Stellungnahme geäußerten Bedenken wird nicht gefolgt. Die Interessen und Belange des Einwenders und der anderen betroffenen Eigentümer sowie des Natur- und Artenschutzes wurden hinreichend berücksichtigt und abgewogen.

Beratungsergebnis: 45 Stimmen dafür
11 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; Piraten)
0 Enthaltungen

**3. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 474 – Jahnsportplatz –
1. Änderung als Satzung**
Vorlage: 99/2019 1. Ergänzung

Die Tagesordnungspunkte 2.1; 2.2; 2.3; 2.4; und 3 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt zwei aufgeführt.

Beschluss:

1. Der Begründung gem. § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zur Satzung des Bebauungsplans Nr. 474 – Jahnsportplatz - 1. Änderung – wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplans Nr. 474 – Jahnsportplatz - 1. Änderung wird als Satzung beschlossen. Das Verfahren wurde nach § 13 a BauGB durchgeführt.

Beratungsergebnis: 45 Stimmen dafür
11 Stimmendagegen (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; Piraten)
0 Enthaltungen

4. Beschlussfassung über den Lärmaktionsplan Stufe 3 für die Stadt Velbert

Vorlage: 175/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und zeigt die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien auf.

Ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur sofortigen Abstimmung.

Beschluss:

1. Dem Lärmaktionsplan Stufe 3 für die Stadt Velbert wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, soweit erforderlich, für die Umsetzung einzelner Maßnahmen die notwendigen Beschlüsse vorzubereiten. Der Rat der Stadt Velbert und der Verwaltungsrat TBV nehmen zur Kenntnis, dass für die Umsetzung einzelner Maßnahmen zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sein können, soweit sie noch nicht veranschlagt sind.

Die Umsetzung einzelner Maßnahmen, soweit sie mit Ausgaben verbunden sind, steht unter dem Vorbehalt der Etat- und Konsolidierungsbeschlüsse des Rates.

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen (FDP)

5. Beschlussfassung über die Festlegung des Stadtumbaugebietes „Ortszentrum Neviges“ gem. § 171b Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und über das Integrierte Handlungskonzept zur Stärkung des Ortszentrums Velbert-Neviges.

Vorlage: 187/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und zeigt den bisherigen Beratungsverlauf der vorberatenden Gremien auf.

Ohne weitere Wortmeldung kommt es zur sofortigen Abstimmung.

Beschluss:

1. Das Stadtumbaugebiet „Ortszentrum Neviges“ wird gem. § 171b Abs. 1 BauGB beschlossen. Die Abgrenzung des Stadtumbaugebietes ist aus dem Plan zu ersehen, der Bestandteil dieses Beschlusses ist. (siehe Anlage 1)
2. Grundlage für die Abgrenzung gem. § 171b Abs. 1 BauGB ist das „Integrierte Handlungskonzept zur Stärkung des Ortszentrums Velbert-Neviges“. (siehe Anlage 2)
3. Das Integrierte Handlungskonzept zur Stärkung des Ortszentrums Velbert-Neviges wird als Maßnahmen-/Kosten-/Zeit- und Finanzierungsplan zur Durchführung von Maßnahmen der Stadterneuerung im Stadtumbaugebiet beschlossen.

Beratungsergebnis: 50 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen (FDP)
3 Enthaltungen (Piraten)

6. Satzung zur Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung der Stadt Velbert
Vorlage: 190/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung der Satzung zur Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung einstimmig zugestimmt habe.
Ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur sofortigen Abstimmung.

Beschluss:

Es wird folgende Änderungssatzung beschlossen:

S a t z u n g

zur Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung der Stadt Velbert vom 09.07.2019

Auf Grund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.10.2013 (GV. NRW S. 564), der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. 10.1969 (GV. NW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.05.2015 (GV NRW S. 448), und insbesondere in Verbindung mit §§ 1, 2, 2a, 6, 13 und 14 des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG NRW) vom 24. November 1992 (GV. NRW S. 458), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2016 (GV. NRW. S. 886) hat der Rat der Stadt Velbert in seiner Sitzung am 09.07.2019 folgende Satzung zur Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung beschlossen:

§ 7 erhält folgende Fassung:

Für die Inanspruchnahme der Rettungsmittel werden nachstehende Gebühren erhoben:

1.	Krankentransportwagen	Gebühr
1.1	Bei Benutzung durch eine Person je Einzelfahrt	248,00 €
1.2	Zuschlag für besondere Reinigung oder Desinfektion	60,00 €
1.3	Zuschlag ab Stadtgrenze je Auswärts-km	3,00 €
1.4	Bei gleichzeitigem Transport mehrerer Personen in einem Fahrzeug beträgt die von jeder Person zu entrichtende Gebühr 2/3 der Gebühren nach 1.1 bis 1.3	

2.	Rettungswagen	Gebühr
2.1	Bei Benutzung durch eine Person je Einzelfahrt	405,00 €
2.2	Zuschlag für besondere Reinigung oder Desinfektion	60,00 €

2.3	Zuschlag ab Stadtgrenze je Auswärts-km	4,00 €
2.4	Bei gleichzeitigem Transport mehrerer Personen in einem Fahrzeug beträgt die von jeder Person zu entrichtende Gebühr 2/3 der Gebühren 2.1 bis 2.3	

Die vorstehende Satzung tritt am 01.08.2019 in Kraft.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**7. Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweizer-Schule und der KGS Ludgerusschule**
Vorlage: 205/2019

Die Vorlage 205/2019 ist nicht mehr Gegenstand der Beratung in der heutigen Sitzung gewesen, sondern die Vorlage 205/2019; 1. Ergänzung (siehe TOP 7.1).

Beschluss:

1. An der Kastanienallee wird eine neue fünfzügige Grundschule zum 01.08.2020 durch Zusammenlegung der bisher selbstständigen Grundschulen KGS Ludgerusschule, GGS Albert-Schweizer-Schule und GGS Sontumer Straße errichtet. Die Errichtung erfolgt unter folgenden Maßnahmen:
 - Die Grundschule trägt den Namen Gemeinschaftsgrundschule Kastanienallee.
 - Die Zügigkeiten der Gemeinschaftsgrundschule Kastanienallee werden auf 5 Züge festgelegt.
 - Beginn der Maßnahme 01.08.2020
 - Standort der Schule ist Velbert-Mitte, Kastanienallee 19-21, 42549 Velbert
2. Die KGS Ludgerusschule wird zum 31.07.2020 gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW aufgelöst.
3. Die GGS Sontumer Straße wird zum 31.07.2020 gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW aufgelöst.
4. Die GGS Albert-Schweizer-Schule wird zum 31.07.2020 gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW aufgelöst.
5. Die sofortige Vollziehung der getroffenen Maßnahmen zu 1 bis 4 wird gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO angeordnet. Die Anordnung liegt im öffentlichen Interesse.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung
Die Vorlage war nicht Gegenstand der Beratung, sondern die 1. Ergänzung der Vorlage 205/2019.

**7.1 Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweitzer-Schule und der KGS Ludgerusschule**

Vorlage: 205/2019 1. Ergänzung

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und zeigt den bisherigen Beratungsverlauf der vorberatenden Gremien (jeweils einstimmig zugestimmt) auf.

Im Verlauf einer ausführlichen Diskussion positionieren sich die Fraktionen hinsichtlich der Schulentwicklungsplanung.

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten:

- Seitens der Fraktion Velbert anders wird verdeutlicht, dass sich die Zeiten geändert und die damals zugrunde gelegten Prognosen nicht eingetroffen seien. Man müsse sich der aktuellen Situation stellen und schnellstmöglich ein neues Schulkonzept erstellen. Diskussionen, was man in der Vergangenheit hätte anders machen sollen, seien nicht zielführend.
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt auf, dass man bedauerlicherweise nicht die Prognosen der Firma Biregio und die empfohlene Anzahl von einzurichtenden Klassenzügen bei der Beschlussfassung zugrunde gelegt habe, sondern die der Gemeindeprüfungsanstalt.
- Der Bürgermeister weist darauf hin, dass man in der jüngeren Vergangenheit aufgrund der statistischen Fortschreibungen von Einwohnerzahlen davon ausgehen musste, dass die Einwohnerzahl und somit auch die Anzahl der Schüler in Velbert weiter sinken würden. Das sei zum damaligen Zeitpunkt eine große Sorge gewesen. Jetzt sei die Situation aufgrund von unterschiedlichen Einflüssen eine ganz andere. Die Anzahl der Bevölkerung in Velbert steige stetig weiter an.
- Die SPD-Fraktion appelliert unverzüglich nur „nach vorne zu schauen“.

Beschluss:

1. An der Kastanienallee wird eine neue fünfzügige Grundschule zum 01.08.2020 durch Zusammenlegung der bisher selbstständigen Grundschulen KGS Ludge-russchule, GGS Albert-Schweitzer-Schule und GGS Sontumer Straße errichtet. Die Errichtung erfolgt unter folgenden Maßnahmen:
 - Die Grundschule trägt den Namen Städtische Gemeinschaftsgrundschule der Primarstufe Kastanienallee.
 - Die Zügigkeit der Gemeinschaftsgrundschule Kastanienallee wird auf 5 Züge festgelegt.
 - Beginn der Maßnahme 01.08.2020
 - Standort der Schule ist Velbert-Mitte, Kastanienallee 19-21, 42549 Velbert
2. Die sofortige Vollziehung der getroffenen Maßnahme zu 1 wird gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO angeordnet. Die Anordnung liegt im öffentlichen Interesse.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

8. Vermarktung des ehemaligen Hertie-Standorts im Investorenauswahlverfahren

Vorlage: 200/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und weist darauf hin, dass sämtliche vorberatenden Gremien der Vermarktung des ehemaligen Hertie-Standorts einstimmig zugestimmt haben.

Ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur sofortigen Abstimmung.

Beschluss:

FB 8 und FA 3.1 werden beauftragt, die Entwicklung und Vermarktung des ehem. Hertie-Geländes entsprechend der in der Begründung dargestellten Zielvorstellungen (inkl. Ansiedlung eines Kinos) und der Vorgehensweise vorzunehmen. Hierzu werden externe Dienstleister (begleitendes Büro und Jurist) beauftragt.

Die Festlegung der Bewertungsmatrix zur Auswahl des Gewinnerbeitrags im Investorenauswahlverfahren ist durch die politischen Gremien zu beschließen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

9. Entwicklungen im Bereich Asyl (Fortschreibung)

Vorlage: 199/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik und ohne weitere Wortmeldungen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes für Flüchtlinge wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

10. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Verkaufsstellenöffnung im öffentlichen Interesse im Zusammenhang mit dem Fest „Schlangenfest“ 2019

Vorlage: 228/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung bei einer Gegenstimme der ordnungsbehördlichen Verordnung mehrheitlich zugestimmt habe.

Seitens der Fraktion Die Linke wird die Durchführung des Schlangenfestes begrüßt, der verkaufsoffene Sonntag finde jedoch dagegen keine Zustimmung. Die Fraktion Die Linke schließt sich den Ausführungen der Gewerkschaft Verdi an.

Beschluss:

Es wird empfohlen, nachfolgende Ordnungsbehördliche Verordnung zu empfehlen bzw. zu beschließen.

Aufgrund des § 6 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG – NRW) vom 16. November 2006 in der zurzeit geltenden Fassung wird gemäß Ratsbeschluss vom 09.07.2019 für die Stadt Velbert folgende ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

Ordnungsbehördliche Verordnung

über die Verkaufsstellenöffnung am 15.09.2019 im Zusammenhang mit dem Fest „Schlangenfest“ 2019 in Velbert-Mitte

vom xx.xx.2019

- (1) Die Verkaufsstellen in Velbert-Mitte dürfen im Bereich
- Friedrichstraße zwischen Thomasstraße und Am weißen Stein
 - Thomasstraße bis Poststraße
 - Poststraße zwischen Friedrichstraße und Thomasstraße
 - Kolpingstraße zwischen Friedrichstraße und Mittelstraße
 - Bahnhofstraße zwischen Friedrichstraße und Kölverstraße
 - Nedderstraße zwischen Friedrichstraße und Hofstraße
 - Kurze Straße zwischen Friedrichstraße und Oststraße
 - Blumenstraße zwischen Friedrichstraße und Blumenstraße Nr. 4
 - Grünstraße zwischen Offerstraße und Oststraße

am Sonntag, den 15. September 2019 im Zusammenhang mit dem Fest „Schlangenfest“ 2019 in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein.

§ 2

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Verkaufsstellen außerhalb der nach § 1 zugelassenen Geschäftszeiten bzw. Örtlichkeiten offen hält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 12 LÖG NRW mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt eine Woche nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Velbert in Kraft.

Velbert, den xx.xx.2019

Stadt Velbert als örtliche Ordnungsbehörde

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen (Die Linke; 1 SPD)
0 Enthaltungen

11. Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten gem. § 17 Abs. 2 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes (KorruptionsbG)
Vorlage: 221/2019

Mit dem Hinweis, dass es sich hierbei um eine Mitteilungsvorlage handele, führt der Bürgermeister in die Thematik ein.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, muss die Sitzungsleitung nicht an den 1. Stellv. Bürgermeister, Herrn Weise, übertragen werden und der vorliegende Bericht hinsichtlich der Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**12. Antrag der FDP-Fraktion
Mehr Transparenz bei den städtischen Gesellschaften und dem Konzern
Stadt Velbert**
Vorlage: 226/201

Der Bürgermeister führt in die Thematik und mit Hinblick auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss kündigt der Bürgermeister an, die Jahresabschlüsse (des Konzern Stadt und der städtischen Gesellschaften, die sich zu mindestens 25% in direktem oder indirektem Eigentum der Stadt Velbert befinden) für die Jahre ab 2015 und in Zukunft im nichtöffentlichen Teil des Ratsinformationssystems allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Weiter weist der Bürgermeister darauf hin, dass die Prüfberichte nicht veröffentlicht werden dürfen.

Die FDP-Fraktion bittet um Angabe der Rechtsquellen, aus denen hervorgehe, dass die Prüfberichte nicht veröffentlicht werden dürften.

Seitens der CDU-Fraktion wird die Möglichkeit einer eventuellen Vergrößerung der Gesellschafterversammlung und / oder des Aufsichtsrates der BVG angedacht, so dass sämtliche im Rat vertretenen Fraktionen zumindest ein stimmberechtigtes Mitglied entsenden könnten.

Die SPD-Fraktion konkretisiert den Gedanken der CDU und empfiehlt entsprechend, den Aufsichtsrat der BVG auf 15 Mitglieder zu erweitern; somit seien alle Fraktionen des Rates vertreten.

Die Tatsache, dass die Prüfberichte nicht auf diese Art (ins Internet gestellt) publik gemacht werden dürfen, sei zu akzeptieren.

Die Fraktionen von Piraten Partei, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen begründen ihre Zustimmung zu dem zugrunde liegenden Antrag der FDP-Fraktion. Es bestehe das Bedürfnis nach mehr Transparenz. Seitens der FDP-Fraktion wird verdeutlicht, dass es schon immer ein Anliegen gewesen sei, mehr Transparenz zu erzielen. Dies sei dringend erforderlich. Denn aktuell würden lediglich 10 - 15 der über 60 Ratsmitglieder über das notwendige Wissen verfügen und diese seien verpflichtet, dieses Wissen nicht weiter zu geben. Entscheidungen hinsichtlich der Jahresabschlüsse seien jedoch vom kompletten Rat zu treffen.

Die Fraktion Velbert anders bedauert den Verlauf der Diskussion. Es komme der Eindruck auf, dass man den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern kein Vertrauen gegenüber aufbringe. Ein Wirtschaftsprüfer werde beauftragt, der ein Testat abgebe, dass entweder alles in Ordnung sei oder eben nicht.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird aufgezeigt, dass die erklärenden mündlichen Berichte der Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Ratssitzung unmittelbar vor der Beschlussfassung „keine Tiefe erlangen“ würden und keine Hintergründe erfassbar seien.

Abschließend stellt der Bürgermeister zusammenfassend fest, dass folglich 3 Anträge zur Abstimmung anstehen:

- Antrag der FDP-Fraktion
- Antrag über die Zurverfügungstellung der Jahresabschlüsse des Konzern Stadt sowie der städtischen Tochtergesellschaften für die Ratsmitglieder im nichtöffentlichen Teil des Ratsinformationssystems
- Antrag auf Erteilung eines Prüfauftrages an die Verwaltung, wie der Gesellschaftervertrag abgeändert werden muss, damit alle im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen zumindest mit einem stimmberechtigten Mitglied in den Aufsichtsräten der BVG bzw. in der Gesellschafterversammlung vertreten sein können

Antrag der FDP-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsmitgliedern kurzfristig die Jahresabschlüsse des Konzern Stadt, sowie der städtischen Gesellschaften, die sich zu mindestens 25% in direktem oder indirektem Eigentum der Stadt Velbert befinden, für die Jahre ab 2015 und in Zukunft im Ratsinformationssystem allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Dies gilt auch für die Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; FDP; Piraten)
42 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsmitgliedern die Jahresabschlüsse des Konzern Stadt sowie der städtischen Tochtergesellschaften im Ratsinformationssystem (im nicht öffentlichen Teil) zur Verfügung zu stellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Gesellschaftervertrag abgeändert werden muss, damit alle im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen zumindest mit einem stimmberechtigten Mitglied in den Aufsichtsräten der BVG bzw. in der Gesellschafterversammlung vertreten sein können.

Beratungsergebnis: 51 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen (Velbert anders)
2 Enthaltungen (Velbert anders)

13. Weiternutzung des Sportplatzes im Siepen

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und der Vorschlag, die Tagesordnungspunkte 13.1; 13.2 und 14 zusammengefasst zu beraten, findet Zustimmung.

Herr I. Beigeordneter Böll gibt einen aktuellen Sachstandsbericht und geht bei seinen Ausführungen auch auf die Historie dieser Sportanlage ein. Dabei wird auch auf die in der Vergangenheit abgeschlossenen Pflege- und Überlassungsverträge, die die Stadt mit den Sportvereinen abgeschlossen haben, eingegangen.

Aus einer ausführlichen Diskussion bleibt festzuhalten:

- Die Fraktion Velbert anders plädiert eindringlich für einen Erhalt der Sportplatzanlage. Der Verein Sportfreunde Siepen habe sich nie aufgelöst und sei aktuell nicht mehr in der Lage, den Platz in Eigenregie zu unterhalten. Man müsse bei der Entscheidungsfindung bedenken, dass dieser Sportplatz in einem Einzugsbereich von rund 6.000 bis 6.500 Nevigesern liegen würde. Das Sportplatzangebot speziell an diesem Ort müsse erhalten bleiben.
Die in der Vergangenheit angedachte Idee, im Bereich der Hohenbruchstraße einen zusätzlichen Bolzplatz einzurichten, sei bedauerlicherweise nicht umgesetzt worden. Man sollte dem Sportverein ein Entgegenkommen zeigen, damit für die nächste Saison noch fristgerecht Mannschaften gemeldet werden könnten.
- Nach Auffassung der SPD-Fraktion sei die Anlage für eine sinnvolle Freizeitnutzung für den Stadtteil erforderlich. Den eigenen weitergehenden Antrag (Verbesserung der Oberfläche des Spielfeldes) würde man zurückziehen, wenn man dem Verein die Möglichkeit einräumen würde, sich neu aufzustellen, um neben Senioren-Mannschaften auch Jugendmannschaften für einen Spielbetrieb anmelden zu können.
Über die Errichtung eines Kunstrasenplatzes müsse aktuell noch keine Entscheidung getroffen werden. Es dürfte jedoch klar sein, dass der Aschenplatz keine Dauerlösung bleiben könne.
- Die Fraktion Die Linke lehnt eine Aufgabe der Sportanlage ab. Bereits im Jahr 2015 habe man gegen die beabsichtigte eine Aufgabe der Anlage gestimmt. Die Anlage sollte auch für den Breitensport bereitgehalten werden. Das Einzugsgebiet sei enorm groß.
- Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine HSP-Maßnahme handele und man zunächst hier eine Lösung finden müsse.
Unter der Voraussetzung, dass sich hier auch mehrere Jugendmannschaften etablieren, sollte man mit dem Verein einen Überlassungsvertrag abschließen. Es sei wichtig, dass dort vor Ort eine vernünftige Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht werde und dazu sei die Sportanlage zu erhalten.

Erst wenn der Beitrag zur Jugendarbeit in diesem Bereich nicht erfolge, sei über eine weitere Nutzung der Sportanlage zu entscheiden.

- Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird kritisch hinterfragt, warum diese Anträge nicht Gegenstand der Beratung im dafür zuständigen Fachausschuss (Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus) gewesen seien.
- Die Fraktion Piraten Partei bestätigt den Hinweis mit dem Fachausschuss und macht deutlich, dass es ihr ein Anliegen sei, den Sportplatz zu erhalten. Man habe zwar damals der HSP-Maßnahme zugestimmt, aber die Situation habe sich geändert. Deshalb sei der Antrag gestellt worden, von dieser HSP-Maßnahme Abstand zu nehmen und die Einsparung an einer anderen Position vorzunehmen.
- Die Fraktion UVB stimmt dem Antrag, einen Überlassungsvertrag mit dem Verein zu schließen, voll und ganz zu. Es wird für gut befunden, heute nicht über einen möglichen Kunstrasenplatz abzustimmen.
- Die Auffassung der CDU-Fraktion, dass diese Thematik auch noch im Sportausschuss beraten werde und die heutige Entscheidung als ein Signal an den Verein Sportfreunde Siepen zu werten sei, dass es weitergehen könne, wird vom Bürgermeister bestätigt.

Der Bürgermeister stellt abschließend, auf den Beratungsverlauf basierend, den nachfolgend aufgeführten Beschluss zur Abstimmung.

Über die drei, von den Fraktionen von Velbert anders, SPD und Piraten Partei, eingereichten Anträge wird nicht abgestimmt.

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Sportfreunde Siepen einen entsprechenden Nutzungs- und Pflegevertrag für die Sportanlage abzuschließen.

Der Verein ist für die Pflege des Platzes, des Vereinsheimes und für die Sportflächen-nutzung verantwortlich.

Dem Verein wird aufgelegt, mehrere Jugendmannschaften zu etablieren.

Über die genauen vertraglichen Details wird der zuständige Fachausschuss, der Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus, eine Entscheidungsfindung herbeiführen bzw. nach dem Votum des Fachausschusses ist mit dem Sportverein einen entsprechend ausgearbeiteter Vertrag abzuschließen.

Beratungsergebnis: 55 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Bündnis 90/Die Grünen)
0 Enthaltungen

13.1 Antrag der Fraktion Velbert anders Weiternutzung des Sportplatzes im Siepen Vorlage: 245/2019

Die Tagesordnungspunkte 13.1; 13.2 und 14 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 13 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Velbert anders

Der Sportplatz im Nevigeser Stadtteil Siepen wird den Sportfreunden Siepen e.V. ab der Saison 2019/2020 zur Nutzung übergeben und ein entsprechender Vertrag geschlossen. Die Unterhaltungskosten werden – analog zu den Verträgen anderer Sportanlagen – von der Stadt übernommen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

13.2 **Antrag der Fraktion Piraten Partei**
Sportplatz Siepen

Vorlage: 263/2019

Die Tagesordnungspunkte 13.1; 13.2 und 14 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 13 aufgeführt.

Antrag der Faktion Piraten Partei

Der Sportplatz im Wohnquartier Neviges-Siepen wird unter der Voraussetzung erhalten, dass die dafür anfallenden Unterhaltungskosten an anderer Stelle eingespart werden. Die Verwaltung wird beauftragt die Unterhaltungskosten bei dem neuen Sportzentrum/Stadion einzusparen.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen
 Der Antrag ist aufgrund der erfolgten Beschlussfassung unter TOP 13.1 zurückgezogen worden.

14. **Antrag der SPD-Fraktion**
Sportplatz Siepen

Vorlage: 254/2019

Die Tagesordnungspunkte 13.1; 13.2 und 14 sind zusammengefasst beraten worden. Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 13 aufgeführt.

Antrag der SPD- Fraktion

Der Rat möge beschließen, dass

- der Sportplatz im Wohnquartier „Siepen“ nicht aufgegeben wird und für den Vereinssport erhalten bleibt.
- der letzte Aschenplatz im Stadtgebiet ertüchtigt wird.
- die entsprechenden Unterhaltungsmittel, wie für andere Sportplätze auch, zur Verfügung gestellt werden.
- für die den Sportplatz nutzenden Vereine die gleichen Konditionen gelten, die auch für die anderen Sportvereine in Velbert vereinbart sind.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung
 Eine Entscheidungsfindung ist, abhängig von der weiteren Entwicklung, zunächst vertagt worden.

**15. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Hundewiese**
Vorlage: 247/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und weist darauf hin, dass diese Thematik in den Zuständigkeitsbereich des Umwelt- und Planungsausschusses fallen würde. Ein ebenfalls zu dieser Thematik vorliegender Antrag seitens der SPD-Fraktion, der Gegenstand der Beratung im Verwaltungsrat TBV AöR gewesen sei, sei ebenfalls an den Umwelt- und Planungsausschuss verwiesen worden. Bei dieser Angelegenheit handele es sich um ein planungsrechtliches Thema. Die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung einer Hundewiese würden mittels eines Bebauungsplanes geschaffen werden.

Von der Fraktion Piraten-Partei wird darauf hingewiesen, dass die Zurverfügungstellung/Errichtung einer Hundewiese bereits vor zehn Jahren Thema gewesen sei, ohne dass sich bis heute in der Sache etwas getan hätte. Unter der Voraussetzung, dass diese Thematik in Anlehnung an den Antrag der SPD-Fraktion im Umwelt- und Planungsausschuss beraten werde, wird auf eine Abstimmung in der heutigen Sitzung verzichtet bzw. der eigene Antrag von der Fraktion Piraten-Partei zurückgezogen.

Antrag der Fraktion Piraten Partei

Die Ausweisung einer neuen Freifläche für Hunde als Ersatz für das Gebiet „Gut Pollen“ in Velbert wird beantragt.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen
Mit dem Hinweis, dass diese Thematik bereits Gegenstand der Beratungen im dafür zuständigen Umwelt- und Planungsausschuss sein wird, wird der Antrag zurückgezogen.

**16. Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke**
Resolution: Gemeinnützigkeit der VVN-BdA beibehalten
Vorlage: 250/2019

Der Tagesordnungspunkt ist zu Beginn der Sitzung abgesetzt worden.

**Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion
Die Linke**

Der Rat der Stadt Velbert fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA beizubehalten.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung
Der Punkt ist zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden.

17. Antrag der FDP-Fraktion
Entscheidungskriterien Finanzielle Auswirkungen und Punkt des strategischen Zielprogramms
Vorlage: 256/2019

Seitens der FDP-Fraktion wird der Antrag begründet und beispielhaft an einzelnen Vorlagen aufgezeigt, dass die Punkte „Übereinstimmung mit dem strategischen Zielprogramm“ und „Finanzielle Auswirkungen“ teilweise in den Vorlagen gar nicht aufgeführt seien und keine Angaben erfolgt seien.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters und dem Hinweis, dass aktuell kein fortgeschriebenes strategisches Zielprogramm existieren würde, besteht im Rat Einvernehmen, diesen Punkt zukünftig von sämtlichen Sitzungsvorlagen zu entfernen.

Hinsichtlich des Punktes „Finanzielle Auswirkungen und der Unterteilung in Auswirkungen auf den Ergebnis- und den Finanzplan“ wird von Seiten des Bürgermeisters eine künftige Beachtung zugesichert.

Die FDP-Fraktion verzichtet abschließend auf eine Abstimmung ihres Antrages.

Antrag der FDP-Fraktion

Die Verwaltung nutzt die in den Beschlussvorlagen vorhandenen Punkte „Übereinstimmung mit dem strategischen Zielprogramm“ und Finanzielle Auswirkungen, um bei jeder Beschlussvorlage, die Punkte auch tatsächlich mit den entsprechenden Inhalten zu versehen. Dieses gilt sowohl für die Punkte, die nur angekreuzt werden müssen, als auch für die weiteren Punkte, wie Benennung des Zieles und des Kapitels, sowie finanzielle Auswirkungen in Euro im Ergebnis bzw. Finanzplan.

Insbesondere bei den Angaben zu den finanziellen Auswirkungen ist der Begriff weit zu fassen und nicht nur die direkten finanziellen Auswirkungen zu nennen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

18. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bevölkerungsstatistik
Vorlage: 258/2019

Der Bürgermeister wird kurz in die Thematik ein und weist darauf hin, dass die Fraktionsgeschäftsstellen bereits jeden Monat Informationen zur Bevölkerungsstatistik erhalten würden.

Der vom Bürgermeister beschriebene Sachverhalt kann seitens der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Velbert anders nicht bestätigt werden.

Der Bürgermeister kündigt an, dass unabhängig von dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, es dabei bleiben würde, dass die Fraktionen jeden Monat und nicht nur quartalsweise, entsprechend ausgearbeitete Bevölkerungsstatistiken erhalten würden.

Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird nicht abgestimmt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Fraktionen erhalten ab August/September 2019 eine vierteljährliche ausgearbeitete Bevölkerungsstatistik einmal als PDF Format und in Form einer Excel Datei zur Weiterverarbeitung.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

19. Integriertes Energie- und Klimakonzept Stadt Velbert

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und bevor die nachfolgenden Unterpunkte aufgerufen werden, unterbreitet der Bürgermeister, in Anlehnung an die Anträge von SPD und CDU, zu dieser Thematik eine Sondersitzung des Rates einzuberufen.

Als Sitzungstermin sei der 17.09.2019 vorgesehen.

Dieser Termin sei möglich, da der Vorsitzende des BZA-Neviges, Herr Hübinger, auf vorheriger Nachfrage einer Verschiebung der Sitzung des BZA-Neviges für die eventuelle Durchführung einer Sondersitzung des Rates an diesem Tag bereits zugestimmt habe.

Weiter teilt der Bürgermeister mit, dass das mit breiter Mehrheit beschlossene Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert, das ca. 270 Seiten umfasse, bei der Verwaltung und den Gesellschaften bereits zur Anwendung komme.

Der Bürgermeister schlägt vor, sich mit der Thematik inhaltlich in der Sondersitzung explizit auseinanderzusetzen, den Ist-Zustand aufzuzeigen, zu hinterfragen, was noch und wie umgesetzt werden könnte und ob das vorliegende Konzept mit weiteren Maßnahmen zu ergänzen wäre.

Als Ergebnis der ausführlichen Diskussion bleibt festzuhalten, dass sich der Rat einmütig dafür ausspricht, eine Sondersitzung mit dem Themenschwerpunkt „Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Velbert“ am 17.09.2019 durchzuführen.

Weiterhin verständigt man sich darauf, auf eine Beratung der Tagesordnungspunkte 19.1 -19.6 in der heutigen Sitzung zu verzichten.

Aus der Diskussion bleibt weiterhin festzuhalten:

- Seitens der SPD-Fraktion wird es für gut befunden, dass man der Thematik „Klimaschutz“ die entsprechende Wichtigkeit beimisst und dafür eine Sondersitzung einberufe. Der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne z.B. als Grundlage für zu erstellende Beschlussvorlagen seitens der Verwaltung dienen.
Es wird die Auffassung vertreten, dass der Klimaschutz auf Ebene des Bundes und der Länder vielmehr betrieben werden müsse, das bisherige reiche bei weitem nicht aus.
- Die CDU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass eine Sondersitzung zu diesem Thema durchgeführt wird.
- Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimmt den Ausführungen der SPD-Fraktion zu. Es wird jedoch erwartet, dass im Rahmen der Sondersitzung etwas Substantielles dabei herauskommt. Es müssten Konsequenzen gezogen werden und Anträge/Beschlüsse mit richtungsweisenden Entscheidungen getroffen werden.
- Auf den Appell der Fraktion Piraten-Partei, „das Thema nicht auf die lange Bank zu schieben“, teilt der Bürgermeister mit, dass die Stadt Velbert eine der ersten Städte im Kreis sei, die einen Klimamanager eingestellt habe und zudem ein entsprechendes Konzept aufgestellt habe und dieses auch umgesetzt würde.

Der Bürgermeister versichert, dass man mit hoher Priorität an dieser Angelegenheit permanent arbeiten würde.

- Für die Fraktion Die Linke, die die Sondersitzung begrüßt, zählt der Klimaschutz zu einer der elementaren Aufgaben in der heutigen Zeit.
- Die FDP-Fraktion kommt der Bitte des Bürgermeisters nach und verzichtet auf eine Abstimmung des eigenen Antrages (siehe top 19.3) in der heutigen Sitzung. Der Bürgermeister bittet die FDP-Fraktion bis zur Sondersitzung zu definieren, was der Begriff „Generationengerechtigkeit“ bedeute.

Im Rat gefasster Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, am 17.9.2019 eine Sondersitzung des Rates mit dem Themenschwerpunkt „Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Velbert“ durchzuführen.

Die nachfolgend aufgeführten Anträge der Fraktionen (Top 19.1 bis 19.6) sind in der Sondersitzung Gegenstand der Beratung.

Beratungsergebnis: 55 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen (Piraten)
1 Enthaltung (FDP)

19.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Klimanotstand Vorlage: 248/2019

Die Tagesordnungspunkte 19.1; 19.2; 19.3; 19.4; 19.5 und 19.6 sind zusammengefasst beraten worden.

Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 19 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

1. Der Rat der Stadt Velbert erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
Damit wird ab sofort Klimaschutz im kommunalpolitischen Handeln prioritär verankert.
2. Der Klimaschutz wird zu einer Querschnittsaufgabe der Gesamtverwaltung. Entsprechende Strukturen in der Verwaltung werden geschaffen. Dazu schlagen wir vor, den Bereich Klimaschutz in einer Stabsstelle zu verankern und mit entsprechendem Personal- und Sachmitteln auszustatten.
3. Die Belange des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung sind bei allen Entscheidungen der Stadt zu untersuchen, darzustellen und abzuwägen. Dabei erhalten die Belange von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung prioritäre Gewichtung.
4. Darüber hinaus werden folgende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt:
 - a. Die bestehenden Klimaschutzkonzepte, soweit vorhanden, sowie die gesamtstädtische Mobilitätsstrategie werden vorrangig und zügig umgesetzt. Hierzu wird dem Rat noch in diesem Jahr eine entsprechende Umsetzungs- und Managementplanung vorgelegt.

- b.
Die Stadt Velbert verzichtet bei der Versorgung ihrer Gebäude mittelfristig auf fossile Energieträger. Dazu wird die Stromversorgung städtischer Gebäude und Anlagen zum nächstmöglichen Zeitpunkt vertraglich auf Naturstrom umgestellt. Deren Heizungsanlagen sind im Rahmen anstehender Investitionsmaßnahmen entsprechend umzurüsten. Darüber hinaus ergreift die Stadt Velbert die Initiative zum Aufbau eines regionalen Biogasverbundes mit dem Ziel, städtische KWK-Anlagen mittelfristig mit Biogas zu betreiben und die Beimischungsquote in den kommunalen Gasnetzen zu erhöhen.
- c.
Das Planungsamt der Stadt Velbert berücksichtigt bei Ausweisung neuer Wohnbau- und Industrieflächen die zu erwartenden klimatischen Auswirkungen. Es ist ein Fachgutachten erstellen zu lassen über die klimatischen Folgen einer Bebauung wie z.B. Bildung von städtischen Wärmeinseln, Anstieg der thermischen Belastung, Wegfall der CO₂-Reduktion durch beabsichtigte Rodungsmaßnahmen, Wegfall von Frischluftschneisen.
- d.
Für das Velberter Stadtgebiet ist eine Bewertung der bioklimatischen Leistungen der Frei-, Grün- und Forstflächen vorzunehmen. Flächen mit hoher Bioklimaeignung sind zukünftig frei zu halten.
- e.
Für Bereiche mit hoher thermischer Belastung sind per Satzung Dach- und Fassadenbegrünung bei Neu- und Umbau vorzusehen.
- f.
Die Stadt Velbert überprüft die Möglichkeit zusätzlicher Bepflanzung städtischer Flächen mit heimischen Sträuchern und Bäumen zum Zweck der CO₂-Reduzierung sowie Senkung der thermischen Belastung und setzt dieses Konzept kurzfristig um.
- g.
Die Stadt Velbert fordert per Satzung bei Neubau von Wohn- sowie Industriebebauung die Nutzung von regenerativen Energien für die Gebäudeheizung und -klimatisierung. Es wird geprüft, ob sich ein Förderprogramm für die Nutzung von regenerativen Energien dafür einrichten lässt.
- h.
Die Stadt Velbert prüft die Errichtung von Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung (Photovoltaik sowie Windkraft als Großanlagen oder Kleinanlagen auf Dächern öffentlicher Gebäude/Flächen) und setzt diese um.
- i.
Durch die Stadt Velbert wird in 2-jährigem Turnus eine gesamtstädtische Treibhausgasbilanz erstellt. Ziel ist eine Absenkung der CO₂-Emissionen auf höchstens 80% der Emissionen im Jahr 1990.
- j.
Es wird ein jährliches Öko-Audit der Stadtverwaltung zur Einsparung von Ressourcen und Minderung von Emissionen aufgelegt.

5. Die städtischen Beteiligungen werden soweit nötig in die Umsetzung einbezogen. Darüber hinaus werden die städtischen Beteiligungen im Rahmen der Weisungsmöglichkeiten dazu aufgefordert, betriebliche Klimaschutzkonzepte zu erarbeiten bzw. fortzuschreiben und dem Rat zur Genehmigung vorzulegen.
6. Der Rat der Stadt Velbert beschließt, einen Förderantrag für ein kommunales Klimaschutzkonzept gem. der aktuellen „Kommunalrichtlinie 2019 (s. www.klimaschutz.de/kommunen) und die erforderlichen finanziellen Mittel hierfür in den Haushalt für 2020 aufzunehmen.

Beratungsergebnis: Vertagt
Der Antrag wird Gegenstand der Beratung in der Sondersitzung des Rates am 17.09.2019.

**19.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Velbert
Vorlage: 249/2019**

Die Tagesordnungspunkte 19.1; 19.2; 19.3; 19.4; 19.5 und 19.6 sind zusammengefasst beraten worden.
Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 19 aufgeführt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Wir beantragen die Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Velbert. Der Aktionsplan sollte konkrete und wirksame Maßnahmen zur Mikroklimasteuerung auf Velberter Stadtgebiet enthalten. Im Bereich der Bauleitplanung müssen Prüfscenarien entwickelt werden, um die Auswirkung von Projekten auf das Mikroklima darstellen und bewerten zu können. Zusätzlich sollten Informationskampagnen, besonders für die überwiegend betroffenen Altersgruppen, erarbeitet werden.

Beratungsergebnis: Vertagt
Der Antrag wird Gegenstand der Beratung in der Sondersitzung des Rates am 17.09. 2019

**19.3 Antrag der FDP-Fraktion
Klima- und Generationenrelevanz von Beschlüssen des Rates und seiner Ausschüsse
Vorlage: 255/2019**

Die Tagesordnungspunkte 19.1; 19.2; 19.3; 19.4; 19.5 und 19.6 sind zusammengefasst beraten worden.
Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 19 aufgeführt.

Antrag der FDP-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, bei allen Beschlussvorlagen sowohl die positiven als auch die negativen Auswirkungen der Entscheidung auf das Klima und die Generationengerechtigkeit hin sowohl qualitativ als auch quantitativ darzustellen.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses wird die Verwaltung unverzüglich eine entsprechende Vorlage erstellen, in der sie darlegt, wie die Bewertung der Auswirkungen auf Klima und die Generationengerechtigkeit erfolgen sollen.

Beratungsergebnis: Vertagt
Der Antrag wird Gegenstand der Beratung in der Sondersitzung des Rates am 17.09.2019.

**19.4 Antrag der CDU-Fraktion
Resolution und Antrag des Rates der Stadt Velbert
„Klima- und Umweltschutz im Mittelpunkt unseres politischen Handelns“
Vorlage: 262/2019**

Die Tagesordnungspunkte 19.1; 19.2; 19.3; 19.4; 19.5 und 19.6 sind zusammengefasst beraten worden.
Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 19 aufgeführt.

Antrag der CDU-Fraktion

Für die nächste Sitzung des Rates möchten wir gemeinsam mit allen Fraktionen des Rates die folgende Erklärung als Resolution und damit Selbstverpflichtung mit einer bindenden Wirkung für unser kommunalpolitisches Handeln beschließen.
Resolution und Antrag des Rates der Stadt Velbert
„Klima- und Umweltschutz im Mittelpunkt unseres politischen Handelns“

Antrag der CDU-Fraktion

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bürgermeister um die Einberufung einer Sondersitzung des Rates zum Thema „Klima- und Umweltschutz in Velbert“ mit der Darstellung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes und der Klimaschutzteilkonzepte mit Erläuterungen zum Stand der Umsetzung und Vorstellung des Klimaschutzmanagers und seiner Handlungsfelder und Aufgabenbereiche.

Beratungsergebnis: Vertagt
Der Antrag wird Gegenstand der Beratung in der Sondersitzung des Rates am 17.09.2019.

**19.5 Antrag der SPD-Fraktion
Klimaschutz; Sondersitzung des Rates
Vorlage: 260/2019**

Die Tagesordnungspunkte 19.1; 19.2; 19.3; 19.4; 19.5 und 19.6 sind zusammengefasst beraten worden.
Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 19 aufgeführt.

Antrag der SPD- Fraktion

Der Rat möge beschließen, eine Sondersitzung des Rates nach den Sommerferien zum Thema Klimaschutz zu terminieren.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung
Dem Antrag ist entsprochen worden, ohne dass über diesen Antrag explizit abgestimmt worden ist.

19.6 Antrag der Fraktion Piraten Partei
Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands
Vorlage: 261/2019

Die Tagesordnungspunkte 19.1; 19.2; 19.3; 19.4; 19.5 und 19.6 sind zusammengefasst beraten worden.

Der Beratungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 19 aufgeführt.

Antrag der Piraten-Fraktion

Die Stadt Velbert unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand») [1].

Beratungsergebnis: Vertagt
Der Antrag wird Gegenstand der Beratung in der Sondersitzung des Rates am 17.09.2019.

20. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH

20.1 Jahresabschluss 2017 der BVG (Einzelabschluss)

Vorlage: 173/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und erteilt den Herren Engelbrecht von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Becker Tilly und Freitag, Geschäftsführer der BVG, das Wort.

Mittels einer PowerPoint-Präsentation schildert Herr Engelbrecht den aktuellen Sachverhalt, geht in seinen Ausführungen auf die Prüfungsschwerpunkte (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) ein und teilt mit, dass der nach handelsrechtlichen Vorschriften für das Geschäftsjahr 2017 aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden seien. Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz habe zu keinen Beanstandungen geführt.

Die Frage der FDP-Fraktion, ob der KVV-Bericht zwischenzeitlich vorliegen würde, wird von Herrn Engelbrecht bestätigt und noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden sei.

Nachfragen der FDP-Fraktion hinsichtlich der erfolgten Abschreibungen der EVV werden von Herrn Engelhardt abschließend beantwortet.

Die Frage der Fraktion Piraten-Partei, ob eine Liquidierung der EVV Gesellschaft vorgesehen sei, wird seitens des Bürgermeisters verneint. Eine Liquidierung der Gesellschaft stehe außer Frage. Entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten bei der EVV seien gegeben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert stimmt folgenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung der BVG zu:

1. Die Gesellschafterversammlung der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH stellt den Jahresabschluss 2017 fest,

der eine Bilanzsumme von	79.678.487,62 €
und einen Jahresüberschuss von	5.088.103,56 €

 ausweist.
2. Die Gesellschafterversammlung der BVG beschließt, den Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 5.088.103,56 € in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen und den dann verbleibenden Verlustvortrag in Höhe von 8.078.282,85 € mit der Gewinnrücklage in Höhe von 3.250.000,00 € zu verrechnen.
3. Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Aufsichtsrat der BVG Entlastung für das Geschäftsjahr 2017.

Beratungsergebnis: 51 Stimmen dafür
 3 Stimmen dagegen (Piraten)
 2 Enthaltungen (FDP)

20.2 Konzernabschluss 2017 der BVG

Vorlage: 174/2019

Der Bürgermeister erteilt Herrn Engelbrecht von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly das Wort.

Mittels einer PowerPoint-Präsentation schildert Herr Engelbrecht den aktuellen Sachverhalt, geht in seinen Ausführungen auf die Prüfungsschwerpunkte ein und teilt mit, dass der für das Geschäftsjahr 2017 von der Geschäftsführung aufgestellte Konzernabschluss und der Konzernlagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden seien.

Aufkommende Fragen der FDP-Fraktion hinsichtlich der Thematik „Ausbau des Glasfasernetzes“ und der Fraktion Piraten-Partei hinsichtlich der „sonstigen betrieblichen Erlöse in Höhe von 7 Mio. €“ werden von Herrn Engelbrecht bzw. Herrn Freitag (Geschäftsführer der BVG) abschließend beantwortet.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert stimmt zu, dass der Vertreter der Stadt Velbert in der Gesellschafterversammlung der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft Velbert mbH (BVG) den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2017 mit einer

Konzernbilanzsumme von	258.254.006,94 €
------------------------	------------------

und einem Konzernbilanzverlust von	- 26.119.018,40 €
------------------------------------	-------------------

feststellt.

Beratungsergebnis: 51 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 5 Enthaltungen (2 FDP; Piraten)

**21. Haushaltsangelegenheiten:
Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 07.06.2019 zur Haushaltssatzung
2019 der Stadt Velbert und zur 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans**
Vorlage: 223/2019

Nach Einleitung seitens des Bürgermeisters gibt der Kämmerer einen aktuellen Sachstandsbericht und teilt mit, dass der Haushalt 2019 von der Bezirksregierung genehmigt und zwischenzeitlich im Amtsblatt veröffentlicht worden sei.

Aufgrund des bevorstehenden Mehraufwandes von rund 5,9 Millionen €, der im Zusammenhang mit der Teilkreisumlage für die Förderschule und für den Förderkindergarten stehe, und der aktuellen finanziellen Situation der Stadt, hält der Kämmerer es nicht für ausgeschlossen, eine Haushaltssperre zu erlassen.

Der Bürgermeister prognostiziert, dass die Ankündigung der Stadt Leverkusen, die Gewerbesteuer drastisch zu senken, entsprechende Auswirkungen auf die Stadt Monheim mit der Folge habe, dass dortige Unternehmen ihren Firmensitz nach Leverkusen verlagern. Diese mögliche Entwicklung habe zur Folge, dass in Monheim die Gewerbesteuer-einnahmen sinken werden und eine Erhöhung der Kreisumlage – auch für die Stadt Velbert – nicht zu verhindern wäre.

Ohne weitere Wortmeldungen wird die Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**22. Haushaltsangelegenheiten
hier: Ermächtigungsübertragungen von 2018 nach 2019**
Vorlage: 225/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe und ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur Abstimmung.

Beschluss:

Die nachstehende Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen von 2018 nach 2019 mit der Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres wird hiermit gemäß § 22 Abs. 4 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO) beschlossen.

Budget	Bezeichnung	Ermächti- gungs- übertragung nach 2019 €	Erläuterungen
	Ermächtigungsübertragungen gem. Dienstanweisung		Ziffer 2.2) Für Aufwendungen, die im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht in Anspruch genommen wurden
	Ergebnisplan		
Stabsstelle 01 Büro des Bürgermeis- ters	Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.112,28	Übertragung der Restmittel für die Informationskampagne für Velberter Schulen
	Summe	<u>23.112,28</u>	

Budget	Bezeichnung	Ermächti- gungs- übertragung nach 2019 €	Erläuterungen
	<u>Finanzplan</u>		
Stabsstelle 01 Büro des Bürgermeis- ters	Sonstige Auszahlungen	23.112,28	Übertragung der Restmittel für die Informa- tionskampagne für Velberter Schulen
	<u>Summe</u>	<u>23.112,28</u>	
	<u>Finanzplan</u> <u>Auszahlungen aus Investiti- onstätigkeit</u>		
	Ermächtigungsübertragung- gem. Dienstanweisung		Ziffer 3. 1) Für Investitionen zur Fortführung begon- nener Maßnahmen
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögens- gegenständen	70.564,34	Übertragung im Bereich Informationstechnik (Auftragsabwicklung aus 2018 - Software)
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	51.165,41	Übertragung im Bereich Informationstechnik (Auftragsabwicklung aus 2018 – Hardware)
FB 4 Bürger- dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	2.476.124,76	Übertragung im Bereich Ordnungsamt – Mobilie Geschwindigkeitskontrolle -, Ret- tungsdienst – Anschaffung RTW's - und Brandschutz – u.a. Anschaffung Löschfahr- zeuge, Umbau Einsatzzentrale, Feuerwehr- geräte
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	370.484,55	Übertragung für die Ausstattung der Schu- len und Sportstätten
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	346.956,34	Übertragung für die Ausstattung Neubau Schloss- und Beschlägemuseum
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für Baumaß- nahmen	675.942,92	Übertragung von Investitionsmitteln aus dem Programm „Gute Schule“
FB 7 Immo- bilienservice	Auszahlungen von Baumaß- nahmen	4.039.760,51	Übertragung von Haushaltsmitteln für den Ausbau OGS Birth, Neubau OGS Bartels- kamp, Sanierung Rathaus, Maßnahmen „Gute Schule 2020“ und Sanierung von Ge- bäuden
Deckungs- budget	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	1.216.139,60	Übertragung für die Eigenkapitalzuführung an die KVV Kultur- und Veranstaltungs- GmbH für das Sportzentrum.
	Ermächtigungsübertragung- gem. Dienstanweisung		Ziffer 3. 2) Für Investitionen, die im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht in Anspruch genom- men wurden
FB 3 Stadt- entwicklung	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	1.000,00	Übertragung im Bereich Planung (Anschaf- fung Büroausstattung)
FB 4 Bürger- dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	635.000,00	Übertragung im Bereich Rettungsdienst – medizinische Geräte - und Brandschutz – u.a. Anschaffung Löschfahrzeuge, Feuer- wehrgeräte
FB 5 Ju- gend, Fami- lie und Sozi- ales	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	45.000,00	Übertragung im Bereich Kinderheim Am Brangenberg – Umbau Großküche und Um- bau Wohngruppen

Budget	Bezeichnung	Ermächti- gungs- übertragung nach 2019 €	Erläuterungen
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für Baumaß- nahmen	399.389,35	Übertragung im Bereich Bereitstellung von Sportanlagen (Sanierung BLF-Arena)
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	231.000,00	Übertragung für die Ausstattung der Schu- len und Sportanlagen
Deckungs- budget/FB 7 Immobilien- service	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	419.200,00	Übertragung von Mitteln für den Erwerb von Nutzungsrechten an Stellplätzen im Park- haus Oststraße
	Ermächtigungsübertragun- gen gem. Dienstanweisung		Ziffer 3. 3) Für Investitionen auf der Grundlage von Fördermaßnahmen
FB 5 Ju- gend, Fami- lie und Sozi- ales	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	46.659,70	Übertragung für den Umbau des Jugend- zentrums Langenberg (Ausstattung).
FB 7 Immo- bilien-service	Auszahlungen für Baumaß- nahmen	984.293,50	Übertragung für das Schloss Hardenberg
FB 7 Immo- bilien-service	Auszahlungen von Baumaß- nahmen	8.057.367,57	Übertragung für den Neubau der Grund- schule Velbert-Mitte, Umbau des Gebäudes Vogteier Straße 6, Sanierung Kindergarten Am Schwanefeld, Sanierung Haus „Am Of- fers“, Neubau Museum und Schaffung neuer Kita-Gruppen
	<u>Summe investiver Auszah- lungen</u>	<u>20.066.048,55</u>	

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen (Piraten)
0 Enthaltungen

22.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen beim FB 7

Vorlage: 229/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe und ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Entscheidung des Bürgermeisters zur Leistung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der Position „Abwicklung Baumaßnahmen“ in 2020 in Höhe von 4.000.000 € wird zugestimmt. Damit stehen auf diesem Konto insgesamt 4.000.000 € zur Verfügung. Die Deckung ist gewährleistet.

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen (Piraten)

22.2 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen beim FB 7
Vorlage: 230/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe und ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Entscheidung des Bürgermeisters zur Leistung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der Position „Abwicklung Baumaßnahmen“ in 2021 in Höhe von 5.000.000 € wird zugestimmt. Damit stehen auf diesem Konto insgesamt 5.000.000 € zur Verfügung. Die Deckung ist gewährleistet.

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen (Piraten)

23. Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2017 und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 242/2019

Die Vorlage 242/2019 ist nicht mehr Gegenstand der Beratung in der heutigen Sitzung, sondern die erste Ergänzung der Vorlage des 242/2019 (siehe TOP 23.1).

Beschluss:

1. Gemäß § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO bestätigt der Rat den vom Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 59 Abs. 3 GO geprüften Gesamtabschluss zum 31.12.2017 und stellt ihn fest.
2. Dem Bürgermeister wird Entlastung für den Gesamtabschluss zum 31.12.2017 gemäß § 116 Abs. 1 i.V.m. 96 Abs. 1 GO erteilt.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung
Die Vorlage war nicht Gegenstand der Beratung, sondern die 1. Ergänzung der Vorlage 242/2019.

23.1 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2017 und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 242/2019 1. Ergänzung

Nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes übergibt der Bürgermeister die Leitung der Sitzung an den 1. stellv. Bürgermeister Herrn Weise.

Herr Weise führt kurz in die Thematik ein, schildert den Sachverhalt und erteilt dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Dr. Bender, das Wort.

Herr Dr. Bender führt aus, dass die Stabsstelle Rechnungsprüfung den Gesamtabchluss 2017 geprüft habe. Nach dem Ergebnis der Prüfung kann ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt werden.

Einzelheiten zu den Prüfungsergebnissen, Feststellungen und Empfehlungen können Sie dem Prüfbericht entnehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss habe den Gesamtabchluss unter Einbeziehung des Prüfberichts sowie anhand der Präsentation der Stabsstelle Rechnungsprüfung und der anschließenden Erörterung geprüft.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung erheben wir keine Einwendungen und billigen den vom Bürgermeister aufgestellten Gesamtabchluss und Gesamtlagebericht.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat, den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Gesamtabchluss zum 31.12.2017 festzustellen und dem Bürgermeister für diesen Gesamtabchluss die Entlastung zu erteilen.

Beschluss:

1. Gemäß § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO bestätigt der Rat den vom Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 59 Abs. 3 GO geprüften Gesamtabchluss zum 31.12.2017 und stellt ihn fest.
2. Dem Bürgermeister wird Entlastung für den Gesamtabchluss zum 31.12.2017 gemäß § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO erteilt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Hinweis:

Der Bürgermeister hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Nach erfolgter Abstimmung stellt Herr Weise fest, dass dem Bürgermeister für den Jahresabschluss zum 31.12.2017 die Entlastung einstimmig erteilt worden sei.

Nach der Abstimmung übernimmt der Bürgermeister wieder die Sitzungsleitung und bedankt sich für die erteilte Entlastung.

24. Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2018

Vorlage: 243/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und ohne weitere Wortmeldungen wird der Beschluss zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 mit folgenden Anlagen zur Feststellung entgegen:
 - Bilanz
 - Ergebnisrechnung
 - Finanzrechnung
 - Teilrechnungen

- Anhang zum Jahresabschluss
 - Anlagenspiegel
 - Forderungsspiegel
 - Verbindlichkeitspiegel
 - Lagebericht zum Jahresabschluss
2. Der Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 mit allen gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und weiteren Beratung zugeleitet.
 3. Soweit sich im Zuge der Prüfung oder infolge einer geänderten Rechtslage die Notwendigkeit zu Änderungen des Entwurfs ergeben, wird die Verwaltung beauftragt, solche Änderungen in Abstimmung mit der Stabsstelle Rechnungsprüfung vorzunehmen.

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen (Piraten)
0 Enthaltungen

25. Besetzung des Aufsichtsrates der Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal (AWG)

Vorlage: 224/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und plädiert dafür, Herrn Lindemann, der diese Tätigkeit bereits ausgeübt habe, für weitere fünf Jahre in den Aufsichtsrat der AWG zu entsenden.

Ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert entsendet Herrn Sven Lindemann für weitere fünf Jahre in den Aufsichtsrat der AWG.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

26. Neuwahlen zu den Ausschüssen

26.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: 251/2019

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Wahlvorschlag der Fraktion UVB zur Umbesetzung (siehe laufende Nummer 10 des Beschlusses) erst nach der Drucklegung der Tischvorlage der Verwaltung mitgeteilt worden sei und somit nicht in der vor Sitzungsbeginn verteilten Vorlage enthalten sei.

Die Vorlage werde nach der Sitzung entsprechend bearbeitet.

1.) Betriebsausschuss KVBV:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Wahlvorschlag, Frau Sarah Kipper (Piraten Partei) anstelle von Herrn Thomas Küppers als

1. stellv. Mitglied des Betriebsausschusses KVBV und Herrn Thomas Küppers anstelle von Herrn Martin Schwarz als 2. stellv. Mitglied des Betriebsausschusses KVBV zu wählen, wird angenommen.

2.) Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Michael Alfermann (Die Linke) anstelle von Herrn Harry Gohr zum Mitglied des Ausschusses für Sport, Freizeit und Tourismus und Herrn Harry Gohr anstelle von Herrn Michael Alfermann zum stellv. Mitglied des Ausschusses für Sport, Freizeit und Tourismus zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Meikel Rottländer (Velbert anders) anstelle von Herrn Benjamin Warncke zum Mitglied des Ausschusses für Sport, Freizeit und Tourismus zu wählen, wird angenommen.

3.) BZA Velbert-Langenberg:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Felix Hasselmann (SPD) anstelle von Herrn Jürgen Bußmann zum Mitglied des BZA Velbert-Langenberg und Herrn Jürgen Bußmann anstelle von Herrn Felix Hasselmann zum stellv. Mitglied des BZA Velbert-Langenberg zu wählen, wird angenommen.

4.) Aufsichtsrat Velbert Marketing GmbH:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Wahlvorschlag, dem Vertreter der BVG in der Gesellschafterversammlung der VMG zu empfehlen, Herrn Matthias Gohr (SPD) anstelle von Herrn Joachim Weiler zum Stellvertreter von Frau Ute Meulenkamp zu berufen, wird angenommen.

5.) Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs- GmbH (KVV)

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Wahlvorschlag, Herrn Matthias Gohr (SPD) anstelle von Herrn Otto Schaubbruch als stellv. Mitglied von Frau Ute Meulenkamp in den Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs- GmbH zu entsenden, wird angenommen.

6. Aufsichtsrat Stadtwerke Velbert GmbH:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Wahlvorschlag, der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Velbert GmbH zu empfehlen, Frau Larissa Koch (SPD) anstelle von Herrn Otto Schaubbruch als stellv. Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Velbert GmbH von Herrn Rainer Hübinger zu bestellen, wird angenommen.

7. Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Velbert mbH:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Wahlvorschlag, Herrn Felix Hasselmann (SPD) anstelle von Herrn Otto Schaubbruch als stellv. Aufsichtsratsmitglied der Wohnungsbaugesellschaft Velbert mbH von Herrn Matthias Gohr zu entsenden, wird angenommen.

8.) BZA Velbert-Neviges:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Frau Jennifer Doppke (Velbert anders) anstelle von Herrn Bodo Klug zum Mitglied des BZA Velbert-Neviges zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Benjamin Warncke (Velbert anders) anstelle von Frau Katharina Hoff zum stellv. Mitglied des BZA Velbert-Neviges von Frau Jennifer Doppke zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Frau Barbara Begus-Meyer (Velbert anders) anstelle von Frau Jennifer Doppke zum stellv. Mitglied des BZA Velbert-Neviges von Frau Laura Tonscheid zu wählen, wird angenommen.

9.) BZA Velbert-Mitte:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Meikel Rottländer (Velbert anders) anstelle von Herrn Lutz Hege- mann zum stellv. Mitglied des BZA Velbert-Mitte von Herrn Steffen Naudzus zu wählen, wird angenommen.

10.) Wahlausschuss:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Yanal Gözen (UVB) anstelle von Herrn Torsten Böhm zum Mitglied des Wahlausschusses zu wählen, wird angenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

27. Nachträge

Nachträge liegen nicht vor.

28. Mitteilungen der Verwaltung

Der Kämmerer teilt mit, dass die Stadt Velbert und weitere Kommunen heute eine Niederlage vor den Verfassungsgerichtshof in Münster erlitten haben. Die Klage, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 nicht verfassungskonform sei, sei zurückgewiesen worden. Die anfallenden anteiligen Gerichtskosten für die Stadt Velbert werden mit rund 3.500,- € beziffert.

Herr I. Beigeordneter Böll teilt mit, dass die Verwaltung die Kommunalagentur NRW beauftragt habe, eine Brandschutzbedarfsplanung durchzuführen.

29. Verschiedenes

Auf Nachfrage der FDP-Fraktion stellt der Bürgermeister klar, dass die Verwaltung keine Postverteilstelle sei und auch zukünftig keine Postsendungen Dritter an die Ratsmitglieder durch die Ratsverwaltung verteilt würden.

Die Bücher (Thema: Klima, Klimawandel etc.), die u.a. Inhalt dieser Postsendung für die Mitglieder des Rates sein sollten, liegen zur Abholung im hinteren Bereich des Sitzungssaales aus.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dafür plädiert, dass im Bereich vor der Brücke des Parkhauses zum Einkaufszentrum Stadt Galerie ein entsprechendes Verkehrsschild hinsichtlich der Durchfahrts Höhe angebracht wird. Die fehlende Höhenangabe führe dazu, dass Lkw-Fahrer die Brücke nur zögerlich passieren würden. Der Bürgermeister nimmt den Hinweis auf und sagt eine Prüfung zu.

Nachtrag zur Niederschrift:

Ingenieurbauwerke über Straßen sollen eine lichte Höhe von mind. 4500 mm besitzen - max. zul. Fahrzeughöhe einschl. Ladung 4000 mm (§ 32 II StVZO / § 22 II StVO) zzgl. Sicherheitsabstand 500 mm. Bei geringerer Durchfahrts Höhe, ist das Bauwerk durch Zeichen 265 StVO und rot-weiß-rote Leitmale zu kennzeichnen.

Da die Mindesthöhe nach aktuellem Kenntnisstand nicht unterschritten wird, ist eine Kennzeichnung nicht erforderlich und somit gem. § 39 I StVO auch nicht zulässig.

Sofern sich durch eine etwaige spätere Verkleidung der Brücke eine Unterschreitung ergeben sollte, müsste dem Gebäudeeigentümer eine entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung erteilt werden. Seitens der Bauaufsichtsbehörde sollte jedoch eine Unter-

schreitung der Mindesthöhe nach Möglichkeit nicht genehmigt werden. Anderenfalls bitet die Straßenverkehrsbehörde rechtzeitig um entsprechende Mitteilung bzw. vorherige Beteiligung.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt der Bürgermeister mit, dass sich das ehemalige Bürgermeisterhaus, Friedrichstraße 92, im Besitz der Stadt befinden würde und ein Auftrag zur regelmäßigen Pflege des Außengeländes bereits erteilt sei.

Auf Anregung der SPD-Fraktion, die bestehende Tempo-30-Zone in der Hugelstrae bis einschließlich des dortigen Neubaugebietes auszuweiten und dies mittels einer entsprechenden Beschilderung kenntlich zu machen, berichtet der Bürgermeister, dass die Straßenverkehrsbehörde die erforderliche Beschilderung bereits angeordnet habe.

Ende der öffentlichen Sitzung gegen 20:20 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

_gez._____
(Lukrafka)
Bürgermeister

_gez._____
(Weise)
1. stellv. Bürgermeister

_gez._____
(Welte)
Schriftfuhrer